

Arnold-Paulssen-Haus

Vertretung des Freistaats
Thüringen beim Bund





Arnold-Paulssen-Haus
Vertretung des Freistaats
Thüringen beim Bund



Grußwort

Liebe Besucherinnen und Besucher,

herzlich willkommen im Arnold-Paulssen-Haus!

Die Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund vertritt die politischen Interessen Thüringens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern und wirkt zugleich als Schaufenster und Serviceeinrichtung für Thüringens Vielfalt, Stärken und landestypische Besonderheiten. Die „Thüringer Botschaft“ ist somit eine ausgezeichnete Adresse für Foren, Konzerte und Meetings mit Personen des öffentlichen Lebens aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur.

Seit Juni 2023 schmückt sich das Gebäude der Landesvertretung mit dem Namen Arnold Paulssens (1864–1942), der im wahrsten Sinne des Wortes als Thüringer Landesvater bezeichnet werden kann. Zu Beginn der Weimarer Republik 1919/20 setzte sich der Jurist und erfahrene Politiker maßgeblich für die Gründung des Landes Thüringen ein und gilt seither als dessen bedeutendster Architekt. Im Jahr 1920 übernahm Paulssen den Vorsitz im Staatsministerium und somit als erster eine Funktion, die dem heutigen Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen vergleichbar ist. 1928 bekleidete er das Amt erneut und regierte den Freistaat einmal mehr mit politischem Geschick in unruhigen Zeiten. Dabei zeichnete ihn die Fähigkeit aus, auch zwischen extremen Positionen Kompromisse aushandeln zu können.

Neben seinem Einsatz für ein moderneres Thüringen wurde Arnold Paulssen so zu einer tragenden Säule des demokratischen Systems in der Weimarer Republik. Mit seinem Einsatz für ein demokratisch-freiheitliches Gemeinwesen und mit seinen Verdiensten für das Zusammenwachsen und den Zusammenhalt des Landes Thüringen ist uns der lange vergessene Demokrat Arnold Paulssen heute wieder Ansporn und Orientierung.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit in der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund.

Ihr



Bodo Ramelow

Ministerpräsident des Freistaats Thüringen



←

Dr. Arnold Paulssen, o. D.

→

Arnold Paulssen (rechts stehend)
als Abgeordneter im Deutschen Bundesrat,
1900

Arnold Paulssen

Liberaler, Demokrat, Gründervater des Landes Thüringen und erster Ministerpräsident 1920



Arnold Paulssen wurde am 25. November 1864 in Sömmerda geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften schlug er zunächst eine juristische Laufbahn ein. 1895 berief das Großherzoglich Sächsische Staatsministerium den begabten Beamten zum Finanzrat. In der Folge machte Paulssen rasch Karriere und wurde 1891 Geheimer Referendar des Großherzogs Carl Alexander.

Ab 1899 fungierte Arnold Paulssen für fast zehn Jahre als stellvertretender Bevollmächtigter für Sachsen-Weimar-Eisenach im Bundesrat des Deutschen Reiches. Neben seinem eigenen Land vertrat er dort bis zu 14 weitere mitteldeutsche Staaten und bildete somit einen der wichtigsten Knotenpunkte im föderalen System des Kaiserreichs. 1908 kehrte Paulssen nach Weimar zurück und leitete bis 1912 das Departement des Innern und des Äußern. In dieser Funktion setzte er zahlreiche liberale Neuerungen

durch – so etwa 1909 das direkte Wahlrecht, was zum Verlust der konservativen Landtagsmehrheit zugunsten der Liberalen führte. Fernerhin reformierte er das Justizwesen, setzte die Errichtung eines gemeinsamen Obergerichtes für fünf der Thüringer Kleinstaaten in Jena durch und förderte den Ausbau der Universitätskliniken. Aufgrund zunehmender Konflikte mit Großherzog Wilhelm Ernst, dem die liberale Haltung seines Ministers missfiel, kehrte Paulssen 1912 nach Berlin zurück und wurde erneut stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat. Während des Ersten Weltkrieges setzte er hier insbesondere im Bereich der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln Akzente. Am Ende des Krieges im Oktober 1918 reiste Arnold Paulssen in diplomatischer Mission durch die thüringischen Kleinstaaten, um die Haltung der Landesherren zu einer möglichen Abdankung von Kaiser Wilhelm II.



auszuloten. Dabei wurde er zu einer treibenden Kraft der Ereignisse in Mitteldeutschland. Im Zuge der Novemberrevolution kehrte er nach Weimar zurück und gestaltete gemeinsam mit dem Sozialdemokraten August Baudert den politischen Umbruch in seiner Heimat von der Monarchie zur Demokratie. Paulssen übte zudem weiterhin sein Amt als Bevollmächtigter der thüringischen Staaten aus und wurde 1919 Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Im selben Jahr trat der parteilose Linksliberale der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Im Frühjahr 1919 übernahm er den Vorsitz der Regierung des Freistaates Sachsen-Weimar-Eisenach und den des Thüringischen Staatsrates – einer Art Übergangsregierung für den Zusammenschluss des Landes Thüringen, dessen Motor er werden sollte.

Arnold Paulssens politische und administrative Kompetenz sowie seine

allseits anerkannte Integrität gelten als entscheidende Faktoren bei den schwierigen Verhandlungen zwischen den Einzelstaaten zur Beseitigung der letzten Reste des mittelalterlichen »Kleinstaatensjammers«. Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920, mit dem Monarchisten versuchten, die Verhältnisse in vordemokratische Zeiten zurückzusetzen, erwies sich Arnold Paulssen überdies als aktiver Verteidiger der Weimarer Republik in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Nach der Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 führte er den jungen Freistaat als Vorsitzender der provisorischen Regierung in prekärer Zeit. Infolge der Landtagswahl vom 20. Juni 1920 wurde er Minister für Volksbildung und Justiz sowie Vorsitzender im Staatsministerium des Ersten Landtages von Thüringen. De facto war Arnold Paulssen damit 1920/21 der erste Ministerpräsident des Landes Thüringen.

←

Die erste Landesregierung von Thüringen,
1920/21.
Von links, stehend:
Carl Freiherr von Brandenstein, Emil Hartmann;
sitzend: August Frölich, Arnold Paulssen,
Harald Bielfeld, Hermann Anders Krüger und
Ottomar Benz



→

Arnold Paulssen in den 1930er Jahren im
Kreise seiner Familie

Nach den Wahlen im Januar 1927 trat der verdiente Politiker erneut in die Regierung ein, übernahm das Ministerium für Inneres und Wirtschaft sowie das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsministeriums unter Vorsitz des Rechtsbürgerlichen Richard Leutheußer (DVP). Nach dem Rücktritt der Regierung wurde Paulssen im November 1928 zum zweiten Mal Vorsitzender des Staatsministeriums sowie Wirtschafts- und Volksbildungsminister. Ab Mai 1929 war der 64-jährige zusätzlich Finanzminister. Infolge von Neuwahlen im Dezember 1929 gelangte eine rechtsbürgerliche Koalition unter Beteiligung der NSDAP an die Macht. Daraufhin wechselte Arnold Paulssen zunächst in den Wartestand. Am 7. April 1933 wurde er von den Nationalsozialisten endgültig in den Ruhestand versetzt. Paulssens Aktivitäten beschränkten sich fortan auf seine zahlreichen Engagements in Vereinen und Stiftungen. Dennoch wurde er gelegentlich

zur Zielscheibe von Angriffen der neuen Machthaber, die in ihm fortwährend einen Repräsentanten der abgeschafften Demokratie sahen. Vollends ins Privatleben zurückgezogen, starb Arnold Paulssen am 19. März 1942 in Weimar. Spätestens danach gerieten sein Name und die mit ihm verbundenen Verdienste um die Demokratie weitgehend in Vergessenheit. Während die Nationalsozialisten jede Erinnerung an die Weimarer Republik überformten, hegte der Staatssozialismus der DDR keine Ambitionen, einen Linksliberalen zu ehren.

Die Eröffnung des »Thüringenhauses« unter
nationalsozialistischen Fahnen, 1933



Die Vertretung des Freistaats Thüringen in Berlin



Ausstellung Thüringer Produkte in der ehemaligen Schalterhalle

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Weimarer Republik konnte der am 1. Mai 1920 gegründete Freistaat Thüringen in der wirtschaftlichen Notlage der Nachkriegszeit kein eigenes Gebäude als Sitz seiner Ständigen Vertretung beim Reichsrat errichten. Die Dienstgeschäfte mussten in drei Büroräumen in der Privatwohnung des stellvertretenden Bevollmächtigten Ministers Hermann Münzel in Berlin-Wilmersdorf geführt werden. War dies schon hinsichtlich der Fahrten zu den Sitzungsorten im Zentrum ungünstig, so fehlten darüber hinaus Arbeits- und Sitzungsräume für die Mitglieder der Landesregierung bei Aufenthalt in der Reichshauptstadt. Neben der Landesregierung waren aber auch die Wirtschaftsverbände an einer besseren Präsentation Thüringens in Berlin interessiert. Pläne zur Schaffung von Ausstellungsflächen scheiterten in den zwanziger Jahren jedoch immer wieder an den Kosten.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 setzte sich der Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel für den Erwerb eines repräsentativen Gebäudes ein. Als Argument wurde angeführt, der Thüringer Wirtschaft endlich ein »Schaufenster« in der Reichshauptstadt schaffen zu wollen. Im Mai 1933 wurde dafür das 1910 errichtete Haus der ehemaligen Preußischen Hypotheken-Actien-Bank in der Mohrenstraße 65 erworben. Es lag gegenüber dem repräsentativen Hotel Kaiserhof und in fußläufiger Entfernung zur Reichskanzlei und den Ministerien. Sauckel war es wichtig, möglichst nah an der Reichskanzlei eine Vertretung des von ihm geplanten »Muster-Gau« zu eröffnen.

Für den Erwerb und die Sanierung des Gebäudes durch die eigens gegründete »Thüringenhaus Verwaltungsgesellschaft m.b.H. Weimar« stellte die Thüringische Landesbank ein Darlehen in Höhe von 1 Million Reichsmark



zur Verfügung. Mit dem Umbau wurde der Weimarer Architekt Hans Füllgrabe beauftragt. Der ehemalige Schalteraum der Bank wurde zu einer Leistungsschau der Thüringer Wirtschaft, zugleich wurde bereits damals das »Grüne Herz Deutschlands« touristisch beworben. Eine solche »Landesschau« mitten in Berlin war seinerzeit einzigartig.

Am 23. September 1933 fand die offizielle Eröffnung des »Thüringenhauses« in Anwesenheit des nationalsozialistischen Reichsinnenministers Wilhelm Frick statt. Und obwohl die Landesvertretungen mit dem »Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats« vom 14. Februar 1934 ihre politische Existenzberechtigung verloren, konnte das »Thüringenhaus« in seiner Funktion als Wirtschaftsrepräsentanz wie auch als Kontaktstelle zu den Reichsbehörden weitergeführt werden.

1942 musste die »Thüringenschau« kriegsbedingt geschlossen werden. Nachdem Fritz Sauckel im Jahre 1942 zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« ernannt und damit zuständig für die Organisation der Zwangsarbeit wurde, von der über 6 Millionen Menschen betroffen waren, wählte er das »Thüringenhaus« zu seinem Berliner Dienstsitz. Im Luftkrieg wurde das Gebäude mehrfach beschädigt, konnte aber immer wieder in einen funktionsfähigen Zustand versetzt werden. Erst ein Angriff am 26. Februar 1945 zerstörte das »Thüringenhaus« vollständig. Die Ruine wurde später abgetragen und das Gelände als Parkplatz genutzt.

In der Sowjetischen Besatzungszone existierte keine Dienststelle des Landes Thüringen in Berlin. Mit der endgültigen Auflösung der Länder und der Gliederung der DDR in Bezirke wurde eine Vertretung zudem überflüssig.

←
Die Ruine des Thüringenhauses
(rechte Bildseite), 1959



→
Der erste Spatenstich zum Bau der Vertretung
des Freistaats Thüringen beim Bund in der
Berliner Mohnenstraße, 22. September 1997.
Von links: Bundesbauminister Dr. Klaus Töpfer,
der Regierende Bürgermeister von Berlin
Eberhard Diepgen, die Thüringer Ministerin für
Bundesangelegenheiten Christine Lieberknecht,
der Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel
und der Thüringer Finanzminister Andreas
Trautvetter

Nach der Friedlichen Revolution und mit der Vereinigung beider deutscher Staaten wurde am 3. Oktober 1990 auch das Land Thüringen wiedergegründet. Am 20. Juni 1991 beschloss der Bundestag, den Sitz von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen. Daraufhin suchten die Länder der Bundesrepublik nach Standorten für ihre Vertretungen in der Hauptstadt. Am 28. November 1991 übertrug die Oberfinanzdirektion Berlin dem Freistaat Thüringen abermals ein Grundstück in der Mohnenstraße. Am 25. April 1995 beschloss die Thüringer Landesregierung, dort ihre Landesvertretung beim Bund zu errichten. Der erste Spatenstich erfolgte am 22. September 1997 in Anwesenheit des Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und weiterer Regierungsmitglieder sowie des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen. Das anschließend entstan-

dene Gebäude ist angelehnt an die Architektur des Bauhauses, das 1919 in Weimar gegründet und 1924 durch die politische Rechte aus Thüringen nach Dessau vertrieben worden ist.

Die offizielle Einweihung mit Schlüsselübergabe an den Ministerpräsidenten in Anwesenheit des Bundespräsidenten Roman Herzog wurde am 18. Juni 1999 gefeiert.

In seiner Rede sagte Bernhard Vogel: »Es ist eine wichtige Aufgabe, Thüringen angemessen beim Bund zu vertreten, unsere Interessen einzubringen und Einfluss zu nehmen. Dem dient dieses Haus in unmittelbarer Nähe zu den Verfassungsorganen des Bundes in der Mitte Berlins.« In diesem Sinne trägt die Landesvertretung seither auch immer wieder dazu bei, die Geschichte Thüringens in Berlin bekannter zu machen.



Das Paulssen-Projekt

←

Montage der Tafel für Arnold Paulssen an dessen ehemaliges Wohnhaus in der Weimarer Steubenstraße 48, 30. November 2022

→

Das Podium zur Veranstaltung »Identität: Was verbindet uns als Thüringer und Deutsche?« zum Landesjubiläum im Trafo Jena, 20. September 2020.

Von links: der Historiker Dr. Christian Faludi, die Publizistin Thea Dorn, der Ministerpräsident des Freistaats Bodo Ramelow und der Moderator Sergej Lochthofen



Arnold Paulssen ist eine herausragende Persönlichkeit der deutschen Zeitgeschichte. Dennoch waren seine Verdienste als Streiter für ein demokratisches Staatswesen, seine Funktion als erster Regierungschef Thüringens, der zugleich ein wichtiger Gründervater des Landes gewesen ist, bis vor kurzem nur wenigen bekannt. Lediglich die Inschrift auf dem Stein seines Ehrengrabes auf dem Weimarer Friedhof zeugte – eher bescheiden – von den Leistungen des hier Bestatteten. Das sollte sich ändern.

Den Anstoß für die Beschäftigung gab das Landesjubiläum »100 Jahre Freistaat Thüringen« im Jahr 2020, zu dem mit vielfältigen Formaten auf die einzige demokratisch zustande gekommene Landesgründung in der Weimarer Republik aufmerksam gemacht wurde. Neben Veranstaltun-

gen zum Thema entstand mit der Gesamtdarstellung »Engere Heimat. Die Gründung des Landes Thüringen 1920« ein wissenschaftliches Standardwerk und die dezentrale Ausstellung »Architekten der Demokratie. Die Gründungsväter des Freistaates Thüringen 1920« lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit insbesondere auf die Gestalter des politischen Prozesses einhundert Jahre zuvor. Unter den zehn vorgestellten Männern ragte Arnold Paulssen aufgrund seiner Verdienste besonders hervor. Überdies zeigte auch die Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund Ausstellungen zum Thema: Auf die Schau »Thüringen 1919. Zwischen Revolution und Landesgründung« im Jahr 2019 folgte 2020 »100 Jahre Thüringen. Die Geschichte der Landesvertretung in Berlin«. Mit dem Ende des Jubiläumsjahres verfestigte sich darüber hinaus die Erkenntnis, dass



die Demokratiegeschichte des Landes Thüringen auch weiterhin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG) mit Sitz in Weimar nahm den Impuls 2021 auf und initiierte die Wanderausstellung »Landesväter. Die Weimarer Republik in den Regionen«, welche seit dem Herbst 2022 durch die Bundesrepublik tourt und den Menschen zentrale Akteure regionaler Demokratiegeschichte näherbringt. Ein besonderes Augenmerk bei der Aufarbeitung der Thüringer Demokratiegeschichte liegt seither auf Arnold Paulssen. Das Ziel dazugehöriger Initiativen war und ist es, die verdiente Persönlichkeit in das kulturelle Gedächtnis seines Heimatlandes zurückzuholen. Im Rahmen des Projektes konnte unter anderem ein Kontakt zu Paulssens Urenkel Ottokar Groten hergestellt werden, der über Jahrzehnte umfang-

reiches Material aus Familienbesitz zusammengetragen hatte. Im Sommer 2022 übergab er den wertvollen Nachlass in Moos am Bodensee an den GEDG-Projektleiter Christian Faludi. Das Material wurde nach Weimar überführt und dem Hauptstaatsarchiv als Depositum überlassen. Seitdem steht es der Forschung zur Verfügung. Das Konvolut umfasst vor allem hunderte von privaten Briefen der Familie aus der Zeit von 1888 bis 1941, außerdem Fotos und Abschriften dienstlicher Dokumente. Neben der Nachlasssicherung galt es im Paulssen-Projekt, die öffentliche Wahrnehmung zu stärken. Zu diesem Zweck recherchierten Mitarbeiter der GEDG den einstigen Wohnort Arnold Paulssens und beantragten die Anbringung einer Erinnerungstafel. Am 29. November 2022 beschied der Weimarer Kulturausschuss die Genehmigung. Am 5. Dezember wurde die Tafel geweiht: Paulssens Urenkel Ottokar Groten und der Minister für



Das Podium zur Tafelweihe in der Weimarer Notenbank, 5. Dezember 2022.
Von links: Dr. Bernhard Post, Ottokar Groten,
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff



Ottokar Groten mit Briefbündeln seines
Urgroßvaters Arnold Paulssen in Moos am
Bodensee, 30. Juli 2022

Kultur-, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, enthüllten den Travertin im Beisein der interessierten Öffentlichkeit. Flankiert wurde die Weihe von einer Festveranstaltung in der Weimarer Notenbank, die sich dem historischen Erbe und der kulturellen Erinnerung an den Geehrten widmete. Teil der Zeremonie war auch die offizielle Schenkung der Dokumente aus dem Familiennachlass an das Land Thüringen. Ziel der Initiativen war es, die weitere Beschäftigung mit der Person Arnold Paulssen anzuregen. Zuletzt nahm die Thüringer Staatskanzlei diese Impulse auf. Bald ein Vierteljahrhundert nach der Errichtung und mehr als einhundert Jahre nach der Gründung des Landes Thüringen wird die Botschaft des Freistaates in Berlin künftig den Namen von Arnold Paulssen tragen: dem langjährigen Bevollmächtigten und Gründervater des Freistaats, dem

ersten Ministerpräsidenten – einem liberalen Demokraten, der insbesondere in der ersten Bewährungsprobe der Weimarer Republik, dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, die Demokratie gegen ihre Zerstörer von rechts verteidigte. Sein demokratisches Engagement wirkt nach und bleibt Verpflichtung.

Impressum

Arnold-Paulssen-Haus

Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund

Broschüre anlässlich der Umbenennung der Vertretung des Freistaats

Thüringen beim Bund in Arnold-Paulssen-Haus am 8. Juni 2023

Herausgegeben von der Thüringer Staatskanzlei in Kooperation mit der

Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG)

Konzept

Christian Faludi

Texte

Christian Faludi

Benjamin-Immanuel Hoff

Bernhard Post

Gestaltung

zentralform | Eric Jentzsch

Bildregister

Candy Welz (S.15, 16)

Christian Faludi/GEDG (S.14, 17)

Claus D. Worschech/worschech architects (Cover)

Herbert Kraft/Landesarchiv Berlin (S. 12)

Ottokar Groten/LATh-HStAW (S. 6, 7, 9)

Ronald Holz/worschech architects (S. 13)

Sauckel: Kampf, 1934 (S. 10, 11)

Stadtmuseum Weimar (S. 8)

Druck

Die Umweltdruckerei

ISBN

978-3-949903-05-2

Weimar 2023





